Die Oberbürgermeisterin

Niederschrift (Öffentlicher Teil)
Sitzung des Mobilitätsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 16.01.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:03 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Monika Annette Wenzel	

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Dirk Szagunn	Vertretung für: Noah Wagner
Dr. Heike Wolf	
Kaj Neumann	
Peter Blum	
Gaby Breuer	
Dr. Sebastian Breuer	
Wilfried Fischer	
Daniel Hecker	
Ralf Demmer	
Rolf Winkler	
Leona Piana	Vertretung für: Stefan Dussin
Burkhard Fahl	
Jörg Hans Lindemann	
Dr. Andreas Nositschka	
Lis Weilandt	Vertretung für: Nicolai Vincent Radke
Dr.-Ing. Jan van den Hurk	
Julian Kistner	Vertretung für: Jörg Veltrup

stellv. Mitglieder

Name	Bemerkung
Hermann Frantzen	

Schriftführung

Name	Bemerkung
Silke Retterath	

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Noah Wagner	entschuldigt
Stefan Dussin	entschuldigt
Christian Hofmann	entschuldigt
Nicolai Vincent Radke	entschuldigt
Jörg Veltrup	entschuldigt

Gäste:
Kathrin Driessen, ASEAG
Michael Carmincke, ASEAG
Esther Reufsteck, APAG
Caline Strack, AG Behindertenhilfe
Herr Hager, ISME

Tagesordnung
Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift vom 12.12.2024	
3	Mobilitätsstrategie 2030 - Beschluss der Strategie Elektromobilität	**FB 68/0135/WP18**
4	Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Aachen	**FB 60/0151/WP18**
5	Einführung von Sharing-Leitlinien für die geteilte Mobilität in der Stadt Aachen	**FB 68/0085/WP18**
6	Aktueller Sachstand zu Aktivitäten und Projekten im Bereich Digitalität und Innovationen in der Mobilität	**FB 68/0145/WP18**
7	Sachstandsbericht Regiotram	**FB 68/0141/WP18**
8	Sachstandsbericht Nahverkehrsplan und Öffentlicher Dienstleistungsauftrag	**FB 68/0136/WP18**
9	ASEAG Fahrplanstabilität 2025 es wird mündlich berichtet	
10	In 2025 geplante Baumaßnahmen mit größeren Auswirkungen	**FB 68/0137/WP18**
11	Sachstand Schulstraßen und Rückschauhier: Veranstaltung „Schulstraße erleben“	**FB 68/0140/WP18**
12	Bericht über die abzurechnenden Straßenbaubeiträge nach § 8 KAG sowie Erschließungsbeiträge nach den §§ 127 ff. BauGB – Arbeitsprogramm 2025	**FB 60/0157/WP18**
13	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll
Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die fristgerechte Ladung fest.
Frau Beigeordnete Burgdorff stellt dem Gremium den neuen Abteilungsleiter der Abteilung „Konzeptionelle Planung und Mobilität“ Herrn Schrömbges vor.
Ratsherr Fischer beantragt im Konsens mit mehreren anderen Fraktionen, den TOP 4 Stellplatzsatzung wegen Beratungsbedarfs zu schieben, was einstimmig angenommen wird.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift vom 12.12.2024
ungeändert beschlossen

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 12.12.2024.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei 3 Enthaltungen

Zu 3 Mobilitätsstrategie 2030 - Beschluss der Strategie Elektromobilität
ungeändert beschlossen
FB 68/0135/WP18

Der Referent des ISME, Herr Hager, sowie Herr Heusch von der Verwaltung präsentieren zum Thema.
Ratsfrau Breuer erkundigt sich, von wo die Fördermittel kämen und ob sie auch sicher seien. Ihrer Erfahrung nach seien die Fördertöpfe des Bundes und Landes mittlerweile ausgeschöpft.
Die Projekte seien über das IKSK 2.0 finanziert, erläutert Herr Heusch. Man erarbeite derzeit das Programm und werde dies vermutlich im Juni vorstellen können.
Herr Nositschka erkundigt sich, warum man sich an den Deutschlandzielen orientiere, wenn die im IKSK selbst gesteckten Ziele doch ehrgeiziger seien. Es könne zwar sein, dass sich das Ganze durch den Ausbau des ÖPNV beispielsweise wieder nivelliere, trotzdem verstehe er es nicht.
Außerdem möchte er wissen, welche Ziele bei der Ausstattung des Fuhrparks der Stadt Aachen nicht elektrobetrieben zu erreichen seien. Ob es eine Zahl gebe, wie viele Fahrzeuge dort derzeit noch nicht elektrobetrieben angeschafft würden.
Auch sei seiner Ansicht nach das Thema Elektrifizierung der Taxiflotte zu wenig beachtet, weswegen er den folgenden geänderten Beschlussvorschlag einbringen wolle:
„Aktuell wird ebenfalls geprüft, wie eine schnellere Umstellung der Taxiflotten in Aachen umgesetzt werden kann.“ (S 21 der Strategie (S 27 der Sammelvorlage))

Solle ersetzt werden durch:
„Die von der Verwaltung im Sachstandsbericht (Ratsantrag die Linke) 24.8.2023 unter „Ausblick“ genannten Ziele sollen umgesetzt werden (Antriebswechsel bei 140 Taxen sowie Schnellade-Hubs). Die dafür notwendige Prüfung soll zügig abgeschlossen und eine angepasste „Strategie Elektromobilität" dem Mobilitätsausschuss erneut zum Beschluss vorgelegt werden.“

Mit den kommunizierten 31% habe man sich schon ein ehrgeiziges Ziel gesetzt, so Herr Heusch. Während deutschlandweit von den Zielen abgewichen werden und neue, niedrigere gefasst würden, würde man in Aachen noch an dem ursprünglichen Deutschlandziel festhalten. Auch die derzeitige Planung der Ladeinfrastruktur gehe in diese Richtung.
Bezüglich des Fuhrparks werde wo immer möglich elektrobetriebene Fahrzeuge angeschafft. Genauere Zahlen darüber könne er nicht nennen, weil der Fachbereich nicht der Beschaffer der Fahrzeuge sei.

Herr Müller ergänzt in Bezug auf die Elektrifizierung der Taxiflotte, dass es ihm wichtig sei zu verdeutlichen, dass man hier einen Beschluss für eine Weiterentwicklung treffe. Man habe eigens einen Experten aus Stuttgart engagiert, der Aachen bereits eine Vorreiterrolle attestiere. Die hier zu fassende Strategie zeige lediglich den Weg zum Ergebnis auf, zu dem selbstverständlich die Elektrifizierung der Taxiflotte gehöre.
Es sei wichtig, hier die große Linie zu zeigen und nicht einzelne Projekte.

Herr van den Hurk zeigt sich überzeugt, dass die Zukunft elektrisch fahre. Aachen sei in dem Thema schon gut dabei. Wichtig sei aber auch, das habe auch die Präsentation aufgezeigt, dass die soziale Frage aufgegriffen werde. Auch das Thema Garagenhöfe verdiene Aufmerksamkeit. Bezüglich des Ausbaus der Ladeinfrastruktur müsse man sich seiner Meinung nach an dem zukünftigen und nicht an dem derzeitigen Fahrzeugbestand orientieren.

Ratsherr Breuer betont ebenfalls, wie wichtig es sei, eine geeignete Strategie zu haben. Man müsse sehr genau hinschauen, was man wo benötige. Auch er weist auf die Bedeutung der sozialen Frage hin. Die Stadt solle das Thema fördern um soziale Ungerechtigkeiten auszumerzen. Insgesamt sei man aber auf einem guten Weg. Die Beschlussergänzung der Fraktion Die Linke halte er nach den Ausführungen der Verwaltung für entbehrlich.

Dem schließt sich Herr Nositschka an und zieht seinen eingebrachten Änderungsantrag zurück.

Frau Strack fragt sich, warum bei der Schaffung der Ladepunkte nur barrierearm gebaut werde, nicht aber barrierefrei.
In der Statistik auf Seite 18 fehle ihr zudem die Auswertung, wie viele barrierefreie Punkte es gebe.

Herr Heusch verweist auf seine im November geäußerten Erläuterungen in der Kommission barrierefreies Bauen. Die sogenannten barrierearmen Punkte seien auch für Menschen mit beispielsweise Rollstühlen nutzbar, weil sie extra breit seien und zudem der Ladepunkt sehr niedrig angebracht sei.
Heute habe man rund 20 Punkte, was einem komfortablen Verhältnis entspreche. Die Stadt sei dazu übergegangen, die Punkte lediglich als barrierearm auszuweisen, weil eine neue DIN Norm die Kriterien für barrierefreie Bezeichnungen äußerst hoch gesetzt habe, so dass dies kaum realisierbar sei.

Frau Strack erkundigt sich, wie man sicherstellen wolle, dass die ausgewiesenen Behindertenpunkte nicht fehlgenutzt würden.

Bei der APAG sei es so, dass diese explizit reserviert seien, so Herr Heusch. Im öffentlichen Raum arbeite man hingegen aus Kostengründen mit Aufklebern mit einem entsprechenden Appell. Diese seien derzeit wegen zu geringer Auslastung noch nicht reserviert.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die Strategie Elektromobilität als Leitlinie zur Förderung der Elektromobilität in Aachen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 4 Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Aachen
vertagt
FB 60/0151/WP18

Der TOP wird wegen Beratungsbedarfs vertagt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Zu 5 Einführung von Sharing-Leitlinien für die geteilte Mobilität in der Stadt Aachen
geändert beschlossen
FB 68/0085/WP18

Frau Scholtes präsentiert zum Thema.

Ratsherr Fischer spricht seinen Dank aus. Es sei wichtig, dass man nun die einzelnen Handlungsstränge zusammengefasst habe. Die Bürger*innen könnten nun mit den einzelnen Sharingangeboten alles ausprobieren, ohne sich bereits verbindlich festlegen zu müssen, daher begrüße er die Leitlinien.
Bezüglich des Carsharings im öffentlichen Raum sei es bei der Ausschreibung natürlich wichtig, welche Kriterien man anwende. Da wünsche er sich eine erneute Beteiligung der Politik zu gegebener Zeit. Gleichwohl sei es wichtig, dass man nun schnell tätig werde. Derzeit sei der Ausbau noch gehemmt. Er äußert den Wunsch, dass die Ausschreibung noch in diesem Jahr auf den Weg gebracht werde.
Er freue sich, dass mit der Errichtung der Escooter Abstellflächen automatisch drum herum eine Abstellverbotszone entstehe. Die dynamische Obergrenze könne er sich grundsätzlich vorstellen, aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Man solle erst einmal das Konzept etablieren und dann in Ruhe schauen.

Herr Lindemann berichtet, dass man eher im Zentrum Probleme mit den Escootern habe, nicht aber in den Außenbezirken. Er halte eine Dynamik grundsätzlich für sinnvoll, man müsse aber die richtige Reihenfolge einhalten. Wenn er sähe, dass im Zentrum maximal 300 erlaubt seien, in den gesamten Außenbezirken zusammen aber ebenfalls nur 300, dann erschließe sich ihm das nicht. Man müsse hier die Außenbezirke deutlicher fördern.

Wenn man sich die Bilder der Abstellzonen anschaue, dann sehe man schnell, dass dort wirklich maximal 12 Scooter drauf passten, so Herr Nositschka. Daher würde eine dynamische Obergrenze in dem Verhältnis wie von der Verwaltung vorgeschlagen de facto das freefloating unterstützen, was man aber aus seiner Sicht reduzieren müsse, da die falsch abgestellten Scooter ein echtes Ärgernis seien.

Das Thema solle in jedem Fall weiter entwickelt werden, so Ratsfrau Breuer. Man müsse jedoch auch bedenken, dass man alle Flächen der Straße nur einmal nutzen könne. In der Konsequenz würden also Parkflächen wegfallen und gleichzeitig die Kosten für die Anwohner steigen. Sie wolle wissen, wie viel die Flächen für die Carsharingfirmen kosteten.

Beigeordnete Burgdorff sagt zu, die Fakten im Rahmen der Ausschreibung darzulegen.

Das Sharing sei ein Erfolgsmodell in Aachen, so Herr van den Hurk. Dafür brauche man gute Regeln und somit brauche man de Sharing Leitlinien. Er verstehe die Intention der Fraktion Die Linke, sei aber eher dafür die Zahl zonenscharf zu deckeln.

Man solle das Augenmerk darauf legen, dass man nicht übersteuere, so Beigeordnete Burgdorff. Natürlich müsse alles geregelt werden, es brauche aber auch erstmal eine Zeit der Meinungsfindung.

Man gucke regelmäßig, wie die Obergrenzen eingehalten würde, so Herr Müller. Das geschehe operativ über ein Dashboard, wo auch die Relokalisierung der Roller nachvollzogen werden könne. Leider könne man nicht völlig verhindern, dass sich an den Grenzen der Zonen unerwünschte Sammelplätze ergäben.

Auch Frau Strack spricht sich dagegen aus, die Zahl der Roller noch zu erhöhen. Auch könne sie nicht nachvollziehen wie man sage, dass das Problem in den Außenbezirken nicht so groß sei. Dort habe der Bürgersteig die gleiche Breite wie im Zentrum und somit sei das Ärgernis genauso.
Sie erkundigt sich bei der Verwaltung, wie schnell falsch abgestellte Roller durch die Anbieter versetzt werden müssten.

Das geschehe immer frühmorgens, so Frau Scholtes. Im schlechtesten Fall also nach knapp 24 Stunden.

Ratsherr Breuer gibt an, dass ihm noch nicht klar sei, wann welche Roller in welcher Zone sein dürften. Wie viele Fahrzeuge in den jeweiligen Abstellzonen stehen könnten, könne man leider nicht sagen. Das sei vom jeweiligen Nutzer abhängig. Auch er frage sich, ob 2000 oder 2040 Fahrzeuge sinnvoll seien.

Man werde auch hier ein Vergabeverfahren haben und dann die Politik noch einmal beteiligen, so Herr Müller. Er schlägt vor, im Beschluss festzuhalten, dass man die Zahl bis zur Ausschreibung klären wolle.

Ob es jetzt 2000 oder 2040 Roller seien, sei letztendlich egal, so Herr Nositschka. Schlimmer sei die Formulierung der Dynamik.

Herr van den Hurk schlägt vor, dann wie von Herrn Müller vorbehaltlich der Obergrenze zu beschließen.

Zunächst lässt die Ausschussvorsitzende Wenzel jedoch über den Vorschlag der Fraktion Die Linke abstimmen, der wie folgt durch Herrn Nositschka formuliert wird:

Die Formulierung „Dynamische Obergrenze: zunächst max. 2.040-ETretroller (max. 680 je Anbieter) unter Berücksichtigung der Zonenausweisungen und festgelegten Kontingente, mit eine Erhöhung nach der Anzahl der eingerichteten Abstellzonen“ wird ersetzt durch „Vorläufige fixe Obergrenze: zunächst max. 2.040-ETretroller (max. 680 je Anbieter) unter Berücksichtigung der Zonenausweisungen und festgelegten Kontingente.“
und die Formulierung „Dabei soll eine Mischung aus Free-floating und festen Abstellzonen realisiert werden.“ wird ersetzt durch
„Durch die Ausweitung der Anzahl Abstellzonen werden die Ärgernisse durch free-floating sukzessive beseitigt.“

Der Vorschlag wird mit 2 Zustimmungen abgelehnt.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die „Sharing-Leitlinien der Stadt Aachen“ entsprechend Anlage 1 vorbehaltlich der Obergrenze der E-Tretroller.

Der Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung zur Umsetzung der vorliegenden Sharing-Leitlinien unter Berücksichtigung der formulierten Zielsetzungen und der dafür notwendigen Ressourcen.

Abstimmungsergebnis:
14 Zustimmungen, 1 Enthaltung, 1 Ablehnung

Zu 6 Aktueller Sachstand zu Aktivitäten und Projekten im Bereich Digitalität und Innovationen in der Mobilität
zur Kenntnis genommen
FB 68/0145/WP18

Herr Pielen und Frau Lorenzen präsentieren zum Thema.
Ratsherr Neumann spricht seinen Dank aus. Es sei spannend, die jeweiligen Kombinationsmöglichkeiten der Daten zu erfahren. Noch spannender sei es natürlich, wenn man auch da wo es möglich sei, einen Zugang zu eben diesen Daten zu erhalten. Er wünsche sich daher ein- bis zwei Mal pro Jahr einen entsprechenden Bericht im Mobilitätsausschuss um beispielsweise auch sehen zu können, wie sich das Verkehrsverhalten auf Grund von Baumaßnahmen verändere.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 7 Sachstandsbericht Regiotram
zur Kenntnis genommen
FB 68/0141/WP18

Herr Müller und Herr Dohmen präsentieren zum Thema.

Ratsherr Fischer gibt einen kurzen Rückblick. Man habe das Thema im September 2023 angestoßen. Bisher sei es beim AVV verortet gewesen. Man habe seinerzeit entschieden, dass man Abstimmungsgespräche mit externer Beratung stattfinden lassen müsse. Nun habe er das Gefühl, dass dies jetzt erst passiere. Er frage sich daher, wo man derzeit stehe. Wichtig sei, dass man nun schnell dahin komme, dass man mit einer pragmatischen Arbeitsweise eine Gesellschaft bilden könne. Es gehe darum, das Thema voranzutreiben. Daher betone er wie wichtig es sei, dass in allen Kommunen eine Anlaufstelle eingerichtet sei. Die jeweiligen Interessen müssten dann in der Gesellschaft zusammengeführt werden. Ebenso sei es wichtig, dass man das bisher erworbene Know-how der Gesellschaft zur Verfügung stelle.

Man lote derzeit insbesondere steuerrechtliche Fragestellungen aus, so Herr Dohmen. Natürlich hätten alle Kommunen auch ein Mitspracherecht, so dass gewährleistet sei, dass alle anderen Kommunen ebenfalls ihre Minderheitsrechte ausüben könnten. Man sei gewillt, jetzt alles daran zu setzen, dass man möglichst schnell vorankomme und dann hier wieder alles vorstellen könne.

Bei allen Bestrebungen das Ganze schnell umzusetzen solle man trotzdem gründlich vorgehen, so Ratsfrau Breuer. Es handele sich um einen enormen Koordinationsaufwand und die finanziell harten Jahre stünden erst noch an. Sie würde gerne wissen, wie weit man mit den derzeit eingeplanten Mitteln komme.

Das könne er nicht sagen, da das Projekt bisher beim AVV verortet sei, so Herr Dohmen.

Herr Müller versichert, dass alles, was man angeschoben habe, bei der Stadt und in der Region abgesichert sei.

Bei einer solch großen Herausforderung einer Vergabeleistung über mehrere Kommunen müsse man sich die notwendige Zeit nehmen, so Beigeordnete Burgdorff. Man müsse es schaffen, die Rechtsform zu wählen die sprachfähig sei. Zudem habe man in Aachen die Herausforderung eines engen Straßenraumes. Aus ihrer Sicht müsse die Gesellschaft eine Gesellschaft mir kommunalem Gen sein.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 8 Sachstandsbericht Nahverkehrsplan und Öffentlicher Dienstleistungsauftrag zur Kenntnis genommen FB 68/0136/WP18

Ratsherr Fischer erläutert, dass der Hintergrund des Nahverkehrsplan sei, dass man sich über Punkte, deren Finanzierung noch nicht sicher sei, Gedanken mache. Er hatte ursprünglich die Hoffnung gehabt, dass man daraus noch in dieser Wahlperiode noch einige Punkte umsetzen könnte, die Hoffnung habe sich jedoch mittlerweile minimiert.
Wichtig sei jedoch in jedem Fall, dass man die Regiotram schon so denke, dass die ASEAG Möglichkeiten habe sich zu beteiligen. Wenn man sich die Qualitätskritik des ÖPNV anschaue, so wünsche er sich, dass diesbezüglich die Politik in der nächsten Zeit mitgenommen werde. Bisher sei das Thema eher noch untergeordnet betrachtet worden. Vielleicht könne man in dieser Wahlperiode noch geeignete Kriterien aufstellen, wie man damit umgehe.

Der Nahverkehrsplan sei ein Rahmenplan, so Herr Fahl. Dementsprechend solle man aus seiner Sicht der ASEAG möglichst viel Spielraum bezüglich des Volumens geben.
Von seiner Tätigkeit für die Stadt Jülich wisse er, dass es derzeit eine öffentliche Beteiligung zum Schienennahverkehrsplan gebe, die bereits anlaufe. Er würde gerne wissen, warum dies hier bei der Stadt Aachen noch nicht veröffentlicht worden sei.

Man nehme die Fragestellung mit und melde sich bei ihm, verspricht Frau Beigeordnete Burgdorff.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 9 ASEAG Fahrplanstabilität 2025

Herr Carmincke von der ASEAG präsentiert zum Thema.
Man bekomme von überall her die Beschwerden der Bürger*innen mit, so Ratsfrau Breuer. Sie versuche dann

immer Verständnis für die Situation der ASEAG zu vermitteln. Die Probleme seien in allen Städten gleich und würden sich vermutlich noch mehr zuspitzen.

Herr Fahl zeigt sich zuversichtlich, dass man ein großes Paket mit Maßnahmen geschürt habe, die greifen würden.

Frau Beigeordnete Burgdorff spricht der ASEAG ihren Dank aus. Es sei wichtig, an dieser Stelle für Transparenz zu sorgen, nur so könne man als Verwaltung einen guten Korridor finden.
Eine Stabilität des Fahrplans sorge zugleich für Qualität. Man habe sich vorgenommen, den Ausbau der Starken Achse mit dem Ausbau der Fernwärme zu verknüpfen, dies sei jedoch nicht immer deckungsgleich möglich.

An den Starken Achse wolle man in jedem Fall weiter arbeiten, so Herr Nositschka. Er frage sich allerdings, warum Berufseinsteiger bei privaten Unternehmen der Region deutlich mehr Gehalt bekämen als bei der ASEAG. Er möchte wissen, ob man da nicht etwas machen könne.

Man sei ein tarifgebundenes Unternehmen, was seine Löhne nach TVöD zahle, so Herr Carmincke. Eine Überschreitung der Entgelte sei genauso wenig möglich wie eine Unterschreitung. Allerdings vergäßen viele bei solchen Lohnvergleichen, dass die ASEAG beispielsweise viel für die spätere Vorsorge zahle.

Zu 10 In 2025 geplante Baumaßnahmen mit größeren Auswirkungen
zur Kenntnis genommen
FB 68/0137/WP18

Herr Hamblock präsentiert zum Thema. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 11 Sachstand Schulstraßen und Rückschauhier: Veranstaltung „Schulstraße erleben“
geändert beschlossen
FB 68/0140/WP18

Die Mitglieder des Mobilitätsausschusses bekommen den Imagefilm zum Projekt Schulstraßen gezeigt.
Frau Weilandt spricht der Verwaltung ihren Dank aus. Das Projekt sei ein großer Erfolg, was auch die Rückläufe bestätigten. Man solle es daher in jedem Fall weiterführen und ausweiten. Wichtig sei außerdem, die Errichtung von Elternhaltestellen. Sie stellt den geänderten Beschlussvorschlag vor.

Herr Lindemann gibt zu bedenken, dass man aus seiner Sicht teilweise auch die Bezirksvertretungen beteiligen müsse.

Herr Nositschka zeigt sich erfreut über den erfolgreichen Versuch. Er sei froh über den geänderten Beschlussvorschlag. Die Prüfung, ob eine Schulstraße möglich sei, sollte aus seiner Sicht sehr wohlwollend durchgeführt werden.
In Richterich stehe beispielsweise so wie er gehört habe, ein Gerätehaus der freiwilligen Feuerwehr der Schulstraße entgegen, was er noch einmal zu überprüfen bitte.
Natürlich müsse man im Einzelfall die Bezirke beteiligen.

Auch Ratsherr Blum bringt Sympathien für den geänderten Beschlussvorschlag auf unter Berücksichtigung der Bezirke.

Frau Strack erkundigt sich, wie im Fall körperlich beeinträchtigter Kinder oder Eltern vorgegangen werde, die morgens die Schule ihrer Kinder erreichen müssten.

In diesen Fällen arbeite man entweder mit der Ausstellung von Sondernutzungen oder mit den Elternhaltestellen, so Herr Müller.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung unter Einbeziehung der entsprechenden Bezirksvertretungen, die Einrichtung von Schulstraßen zu prüfen und - überall wo es verkehrlich, technisch und rechtlich möglich ist- in dieser Reihenfolge zu errichten:

1. An den vier Grundschulen, die an der Veranstaltung der Mobilitätswoche teilgenommen haben
2. An allen Schulen, die bereits Bedarf angemeldet haben
3. An allen weiteren Grundschulen
4. Flächendeckend an allen Aachener Schulen

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 12 Bericht über die abzurechnenden Straßenbaubeiträge nach § 8 KAG sowie Erschließungsbeiträge nach den §§ 127 ff. BauGB – Arbeitsprogramm 2025
zur Kenntnis genommen
FB 60/0157/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 13 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Müller verweist auf die schriftlich ausgeteilte Mitteilung der Verwaltung zum Thema „Auswirkungsstärkste Baumaßnahmen für das Fahrplanjahr 2025“.

Die öffentliche Sitzung endet um 20:01 Uhr.

Monika Annette Wenzel
Ausschussvorsitzende

Silke Retterath
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin